



Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

An den Grossen Rat

06.1974.02

04.8082.03

06.5195.03

06.5352.02

Basel, 23. März 2007

Kommissionsbeschluss
vom 23. März 2007

Bericht der Justiz, Sicherheits- und Sportkommission

**zum Ratschlag 06.1974.01 betreffend
Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel
(PARTNERSCHAFTLICHES GESCHÄFT)**

sowie

zum Bericht des Regierungsrats zu zwei Anzügen

- **Anzug Dr. Brigitta Gerber und Konsorten betreffend EURO 2008 in Basel: Sicherheit und Prävention durch Fanbetreuung**
- **Anzug Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend EURO 08 ohne Zwangsprostitution**

und

Bericht der Justiz, Sicherheits- und Sportkommission

zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie EURO 08.

1. Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsverzeichnis	2
2. Ausgangslage	3
3. Vorgehen der Kommission	4
4. Partnerschaftlichkeit	4
5. Einleitende Bemerkungen	5
6. Fragen und Anregungen der Kommission – Erläuterungen des Regierungsrates	6
6.1 Grundsätzliches	6
6.2 Sicherheit.....	6
6.3 Verkehr	8
6.4 Standortmarketing	9
6.5 Nachhaltigkeit und Abfallmanagement.....	10
6.6 Host City Charta	11
7. Anzüge Dr. Brigitta Gerber und Brigitte Hollinger	12
7.1 Anzug Dr. Brigitta Gerber betreffend EURO 2008 in Basel: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung (04.8082.01)	12
7.2 Anzug Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Euro 08 ohne Zwangsprostitution (06.5195.01)	12
8. Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie EURO 08 (06.5352.01)	12
9. Fazit	14
10. Beschlüsse der Kommission	15
11. Anträge an den Grossen Rat	16
<u>Anhang</u>	
Grossratsbeschluss betreffend Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel	17

2. Ausgangslage

Am 18. Januar 2006 hat der Grosse Rat einen Kredit für die Vorbereitungsarbeiten und erste Massnahmen im Bereich Standortmarketing der UEFA EURO 2008 in Basel in der Höhe von CHF 358'500 bewilligt. Einen Betrag in derselben Höhe bewilligte auch der Landrat des Kantons Basel-Landschaft.

In der Folge liess sich die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) in diversen Sitzungen von den zuständigen Regierungsmitgliedern Christoph Eymann, Jörg Schild sowie dessen Nachfolger Hanspeter Gass, dem damaligen EURO-Delegierten Andrea Müller sowie dem Projektleiter Christoph Bosshardt über den Fortgang bzw. den Stand der Vorbereitungsarbeiten informieren.

Nachdem der Regierungsrat den Ratschlag zur EURO 2008 zuerst für Sommer 2006 in Aussicht gestellt hatte, ermunterte die JSSK die Zuständigen mehrmals, die Grundlagen für die parlamentarische Behandlung des Geschäfts so rasch wie möglich zu unterbreiten, damit die erforderlichen Beratungen ohne Zeitdruck vonstatten gehen könnten.

Der Regierungsrat führte ins Feld, er wolle eine saubere Basis für die Kreditvorlage erarbeiten, die Überraschungen in Form von zusätzlich benötigten finanziellen Mitteln (Nachtragskrediten) soweit wie möglich ausschliessen solle; gleichzeitig sicherte er eine zeitgerechte Präsentation der Vorlage zu.

Im November 2006 musste die JSSK den Rücktritt des EURO-Delegierten zur Kenntnis nehmen; die Verzögerung in der Nachfolge dauert bis zum Datum der Erstellung dieses Berichts an, ohne dass hiefür eine Erklärung vorliegt. Gemäss letzter Auskunft des Regierungsrates ist für den 26. März 2007 die Präsentation der Neubesetzung vorgesehen.

Mit Datum 16. November 2006 reichten Peter Howald und Konsorten einen Anzug betreffend stadtverträgliche und CO₂-freie EURO 08 ein (vgl. hinten, Ziffer 8). Dieser Anzug wurde der JSSK mit Grossratsbeschluss vom 17. Januar 2007 zur Behandlung überwiesen.

Mit Datum vom 10. Januar 2007 legte der Regierungsrat den Ratschlag betreffend Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel sowie den Bericht zu zwei Anzügen (Dr. Brigitta Gerber und Konsorten und Brigitte Hollinger und Konsorten, vgl. hinten, Ziffer 7) vor. Der Ratschlag wurde der JSSK mit Beschluss des Grossen Rates vom 7. Februar 2007 formell zur Vorberatung überwiesen.

Der Ratschlag mit dem Kreditantrag für die EURO 08 stellt die komplexen Projektvorgaben sowie die Finanzierungsfragen nach Auffassung der JSSK ausführlich und hinreichend klar dar. Dass ein Projekt dieser Grössenordnung mannigfaltige Problemstellungen beinhaltet und für die parlamentarische Beurteilung eine Vielzahl von Fragen aufwirft, versteht sich dabei von selbst.

3. Vorgehen der Kommission

Wie bereits ausgeführt, liess sich die Kommission bereits seit Anfang 2006 periodisch über Stand und Fortgang der Arbeiten betreffend das Projekt EURO 2008 informieren.

Nach Vorlage des Ratschlags nahm die JSSK am 26. Januar 2007 ihre Beratungen in einer Doppelsitzung unverzüglich auf. Sie liess sich den Ratschlag durch Regierungsrat Hanspeter Gass (SiD), Rolf Meyer, Oberstleutnant und Stellvertretender Polizeikommandant Basel-Stadt sowie durch den Projektleiter Christoph Bosshardt, der auch den krankheitshalber abwesenden Regierungsrat Christoph Eymann zu vertreten hatte, in allen Aspekten erläutern.

Anschliessend befragte die Kommission die anwesenden Fachleute zuerst zu grundsätzlichen Problemstellungen und daraufhin zu einzelnen Bereichen und Komplexen.

Nachdem die Kommissionsmitglieder zudem Einsicht in die Berichte des Amtes für Umwelt und Energie betreffend ‚Abfallorganisation und Mehrwegsystem an der Fussball WM 2006 / Vorbild für die EM 2008‘ vom September 2006 sowie des Tiefbauamts betreffend ‚Konzept zur Stadtsauberkeit / Ein Arbeitspapier zur EURO 08 (Entwurf)‘ vom Dezember 2006 genommen hatten, wurde die Befragung in der Sitzung vom 14. Februar 2007 mit dem Projektleiter EURO 2008, Christoph Bosshardt, fortgesetzt.

Nach Diskussion entschied die Kommission daraufhin mit elf zu null Stimmen und einer Enthaltung, den vorliegenden Bericht zu verfassen. Sie ist sich dabei bewusst, dass der Bericht Momentaufnahmen beinhaltet. D.h., dass sich gewisse Aspekte durch die permanente Prozessentwicklung, wie sie die EURO 2008 erfährt, bis zur Behandlung des Berichts durch den Grossen Rat verändern können.

4. Partnerschaftlichkeit

Die Präsidien der JSSK sowie der Bildungs- Kultur- und Sportkommission Basel-Landschaft haben sich und ihre Kommissionen gegenseitig vereinbarungsgemäss über den Ablauf und den Inhalt der Diskussionen informiert.

5. Einleitende Bemerkungen

Ein Sportanlass der Grössenordnung und der Bedeutung, wie sie eine Fussball-Europameisterschaft ohne Zweifel aufweisen, ist für Basel und die Region nicht ein alltägliches Ereignis. Planung und Durchführung einer solchen Veranstaltung sind für die Beteiligten denn auch keine Routineangelegenheiten, sondern erfordern auf allen Ebenen Mut zur Innovation und auch zur Improvisation.

Die JSSK steht der Möglichkeit Basels, die EURO 08 als Host City zu beherbergen, grundsätzlich durchwegs positiv gegenüber.

Sie hält den zwischen den Regierungen der beiden Kantone partnerschaftlich vereinbarten Kostenschlüssel dabei für vertretbar.

Die Region Basel soll in den Tagen der EURO 2008 für die einheimische Bevölkerung und die auswärtigen Besucherinnen und Besucher ein einmaliges und denkwürdiges Fussballfest generieren und die Chancen nutzen, sich darüber hinaus in allen Bereichen vorteilhaft in Szene zu setzen. Die JSSK ist überzeugt, dass dies mit einer optimalen Umsetzung der bestehenden Vorgaben – mit einem guten Chancenmanagement - gelingen kann.

Diese Überzeugung möchte die JSSK jedoch mit zwei Bemerkungen verbunden wissen:

1. Um die Ressourcen der Projektbeteiligten ungeschmälert der Realisierung der EURO 08-Arbeiten zukommen zu lassen, schlägt die JSSK dem Grossen Rat den Verzicht auf zusätzliche Anträge und Auflagen vor, wie sie mit der Kreditbewilligung verbunden werden könnten.

Die JSSK erwartet jedoch, dass nicht nur ihre nachfolgenden Fragen und Anregungen sowie diejenigen, die in der Parlamentsdebatte zur Sprache kommen werden, von den Verantwortlichen aufgenommen und umgesetzt werden. Sie regt zusätzlich mit Nachdruck an, den Dialog zwischen Projektverantwortlichen und Parlament in geeigneter Form lückenlos weiterzuführen, um Anliegen der Volksvertretenden eine Plattform zu bieten und Missverständnisse frühzeitig ausräumen zu können.

2. Auf der anderen Seite bleibt der JSSK die Feststellung, dass der Handlungsspielraum der kantonalen Parlamente bezüglich EURO 2008 in beträchtlichem Masse eingeschränkt ist. UEFA, Verbände, Private, der Bund und die Kantonsregierungen haben beschlossen, Veranstaltungen grössten Ausmasses durchzuführen und dafür auch Kantonsmittel einzusetzen. Dass dabei die öffentliche Hand im Kanton in einem Zeitpunkt Gelder sprechen soll, in dem sie auf wesentliche Elemente nicht mehr wirklich Einfluss nehmen kann, kann mit Fug als fragwürdig bezeichnet werden.

6. Fragen und Anregungen der Kommission – Erläuterungen des Regierungsrates

Die Kommission hat, wie bereits ausgeführt, mit den Vertretern der Regierung und der Projektleitung Anhörungs- und Fragerunden durchgeführt. Nachfolgend sind die relevanten Ergebnisse entlang der Themenfolge des regierungsrätlichen Ratschlags aufgeführt und mit den Anregungen der JSSK ergänzt.

6.1 Grundsätzliches

Zur Frage nach der Vollständigkeit der im Ratschlag budgetierten Kosten: Bei Projekten wie der EURO 2008 mit einer Vielzahl von tangierten Bereichen sei es schwierig, die Grenze zu ziehen zwischen dem, was der Kanton im Rahmen seiner Amtsaufgaben zu bewältigen habe und einem echten, zusätzlichen Mehraufwand. Ein regierungsrätlicher Auftrag verlange, bis März 2007 festzustellen, wie mit echtem Mehraufwand umgegangen werden solle, resp. wie mit Mehrkosten zu verfahren sei. Es bestehe die Tendenz, allfällige Überschreitungen dem EURO-Budget zu belasten, und somit an einem Ort und in einem Departement zu konzentrieren.

Die aktuell bekannten Zusatzkosten seien im Ratschlag aufgeführt, so dass aus heutiger Sicht nicht mit Nachtragskrediten zu rechnen sei.

Verhältnis der EURO 2008 zu anderen Veranstaltungen: Während der EURO 2008 gäbe es für die offiziellen Zonen eine klare Priorität für die Nutzung durch die EURO 2008. Von der Finanzierung her soll der Lotteriefonds nur im Rahmen des vorgesehenen, im Ratschlag aufgeführten Betrages in Anspruch genommen werden. Für die EURO 2008 gelte zudem eine Sonderregelung, wonach die allgemeinen Bespielungspläne während den Spielen und einer eventuellen vorgängigen Aufbauphase ausser Kraft gesetzt, jedoch die Kontingente nicht belastet würden. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Anwohnerschaft würde jedoch bei der Bewilligung zusätzlicher Veranstaltungen, welche neben den jährlich wiederkehrenden durchgeführt werden sollen, Zurückhaltung geübt werden.

6.2 Sicherheit

Die *Kosten für den Bereich Sicherheit* machen einen wesentlichen Teil der Gesamtkosten aus. Der Regierungsrat führt aus, er habe die vollen Kosten budgetiert. Mit den anderen Kantonen gelte die Regel, dass eine allfällige Unterstützung ohne Rechnungsstellung erfolge; in einer ersten Phase helfe das Konkordat Nordwestschweiz, erst danach werde auf die interkantonale Polizei (IKAPOL) zurückgegriffen. Für diesen Fall habe der Bund CHF10 Mio. budgetiert, die nicht den Kantonen belastet würden. Zudem könne man subsidiär auf die Armee oder gar Kräfte aus dem Ausland zählen. Die Möglichkeit eines Einsatzes deutscher

Polizeikräfte sei in den bilateralen Verträgen (bezüglich Unterstützung aus Deutschland) geregelt. Im Hinblick auf die EURO 2008 werde es wohl noch zu zusätzlichen Verträgen kommen. Mit Frankreich sei die Zusammenarbeit systembedingt etwas schwieriger. Man habe aber auch von dort Verbindungsleute involviert.

Wie bereits an der WM 2006 solle die Polizei nach der 3-D Philosophie (Dialog – Deeskalation – Durchgreifen) handeln. Im *Umgang mit Randalisierenden* werde, wenn es zu Eskalationen komme, auf die dritte Stufe gesetzt. Dabei hätten die Erfahrungen aus Deutschland gezeigt, dass es innerhalb der Stadien und an den Public Viewings diesbezüglich keine Probleme gegeben habe, sondern ausserhalb.

Für den *Umgang mit Hooligans* gebe es ebenfalls ein dreistufiges Konzept: bekannte, gewaltbereite Hooligans sollten wenn möglich bereits an der Ausreise aus ihrem Heimatland gehindert werden. Dies sei allerdings u.U. schwierig, insbesondere auch wegen mangelnder Rechtsgrundlagen. Zweitens werde versucht, die Einreise solcher Hooligans in die Schweiz zu verhindern und – wenn dies nicht ausreiche – drittens versucht, über internationale Meldungen an solche Personen zu gelangen und sie präventiv von den Spielen oder den Public Viewings fernzuhalten. In der Schweiz bestehe mit dem neuen Gesetz über die innere Sicherheit die rechtliche Grundlage für ein solches Eingreifen.

Zur Frage der Alkoholproblematik (hiesu verweist die Kommission auch auf den hängigen Anzug von Dieter Stohrer und Konsorten betreffend EURO 2008 ohne Alkohol-Exzess (06.5270.01), der am 15. November 2006 an den Regierungsrat überwiesen worden ist): Im Stadionbereich werde kein Alkohol ausgeschenkt werden. In den anderen Zonen (Fanzonen, Public Viewing) werde dies nicht der Fall sein, immerhin dürfe in den Fanzonen vorübergehend zur Prävention kein hochprozentiger Alkohol ausgeschenkt werden. Auch seien Präventionskampagnen („Clean & Cool“) geplant. Mit einem gesamtheitlichen Bewilligungskonzept sollen Exzesse verhindert werden, indem z.B. „verfeindete“ Gruppen nicht im gleichen Fancamp untergebracht werden. Um zu verhindern, Polizei und Sanität mit alkoholisierten Personen über Gebühr zu belasten, werde eine zentrale Ausnüchterungseinrichtung mit entsprechender Betreuung bereitgestellt.

Es werde zudem eine *Triage von Personen, welche medizinische Hilfe benötigten*, erfolgen. Die Rettungssanität stelle grundsätzlich die präklinische Versorgung und den Transport in den Hospitalisationsraum zusammen mit Ärzten sicher. Die Armee werde eine grosse Sanitätshilfestelle mit Personal (auch Ärzte) zur Verfügung stellen. Diese sei für 400 Personen – gemäss einer sanitätsdienstlichen Richtlinie – ausgelegt.

Zur Frage der Fanbeschäftigung (vgl. auch hinten, Ziffer 7.1., betreffend Anzug Dr. Brigitta Gerber): Vorweg seien die Gäste zu informieren und unterzubringen. Es werde vielfältige Faninformationen (Internet, Fanguides, Info-Stellen, Volunteers etc.) geben. Für die Unterkunft würden u.a. Fancamps (Zeltlager) geschaffen, die von Privaten betrieben werden sollen.

Fanbeschäftigung finde vor allem durch Public Viewing statt. Daneben werde es Unterhaltungsprogramme und weitere Angebote geben, so u.a. die Benützung von Sportanlagen, damit die Fans z.B. vor einem Spiel zuerst selber gegeneinander spielen können.

Überstunden des Personals: Bei der *Polizei* habe man auf das Modell abgestellt, wie es beim Zionistenkongress zur Anwendung kam. Der Polizeibeamtenverband (PBVB) sei bereits mehrfach mündlich orientiert worden. Die definitiven Arbeitsmodelle würden dem PBVB bis spätestens Ende April 2007 offiziell präsentiert werden.

Im Falle der *Notfallstationen* und der *Spitäler* stehe eine funktionierende Triage der Hilfesuchenden im Vordergrund, um Überbelastungen der Infrastruktur (und als Folge davon auch des Personals) zu vermeiden.

6.3 Verkehr

Jedes Matchbillett ist ein *Kombiticket*, mit dem am Spieltag sowie am Vormittag des folgenden Tages (insgesamt 36 Stunden) in der Schweiz sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel benutzt werden können. Zudem sei für die übrigen Gäste und Besucher ein „Fanticket“ in der Entwurfphase, das während einer bestimmten Zeitdauer die freie Benützung des öffentlichen Verkehrs ermöglichen solle.

Parkplätze: Es werde derzeit evaluiert, ob der Verkehr von Norden als eine Möglichkeit in Deutschland parkiert werden kann oder ob er auf die Parkplätze in Aesch durchgeleitet wird. Das *Verkehrsaufkommen* hänge von den Spielteilnehmern ab: wenn ein Nachbarland in Basel spielen würde, würde versucht, den Individualverkehr dort vor der Grenze abzufangen.

Man habe sich bis anhin eher auf den deutschen Raum konzentriert, beide Länder – also auch Frankreich - seien aber in der Planungsorganisation dabei.

Parkplatzgebühren: Diese wurden noch nicht festgelegt. Der Bund wird hier koordinieren und hat als grobe Empfehlung CHF 20.— bis 30.—für einen Privatparkplatz/Tag abgegeben.

Breitensport und AnwohnerInnen: Es sei davon auszugehen, dass an den Spieltagen um das Stadion herum nicht mehr viel anderes stattfinden kann, da dieses Gebiet dann vollständig belegt sein wird. Ausserhalb dieser Zeiten sollen die Plätze durch den Breitensport aber alle mehr oder weniger bespielbar sein. Aber auch an den Spieltagen selbst sollen selbstverständlich die Anwohnerinnen und Anwohner jederzeit die Durchgangs- bzw. Zutrittsberechtigung haben

Information zur jeweils aktuellen *Verkehrssituation:* Zusätzlich zu allen konventionellen Möglichkeiten werde auch über das Internet informiert. Die Möglichkeiten, die allenfalls GPS (Global Positioning System) biete, würden geprüft.

Die JSSK fordert, dass in betont trinationaler Zusammenarbeit aufgrund der möglichen Szenarien (Nationalmannschaften, die in Basel aufeinandertreffen könnten, als Beispiel allen voran eine mögliche Partie Frankreich – Deutschland) Verkehrskonzepte ausgearbeitet werden, die chaotische Zustände vor, während und nach dem Spiel verhindern.

6.4 Standortmarketing

Fanzonen: Es werde mindestens eine, eventuell sogar mehrere Fanzonen geben.

Public Viewing: Es wird mehr als ein Public Viewing geben. Man sei dabei – aus finanzieller Sicht - darauf angewiesen, aber auch zuversichtlich, dass weitere Angebote von Dritten kämen. So gebe es z.B. eine Initiative der UBS, in insgesamt 17 Städten Public Viewing zu veranstalten.

Basel in den Medien: Schweiz Tourismus habe ein Konzept mit verschiedenen Modulen ausgearbeitet, darin sei auch eine Plattform für die einzelnen Host Cities vorgesehen. Diese Präsentation werde auf Tour durch alle Teilnehmerländer der EURO 2008 gehen. Bei jedem in Basel stattfindenden Spiel werde ein kurzer Werbefilmspot über Basel im Stadion gezeigt werden.

Schliesslich gebe es auch die eigenen Kampagnen, welche nicht nur auf die Stadt, sondern auf die ganze Region ausgerichtet seien.

Zwangsprostitution (vgl. auch hinten, Ziffer 7.2. betreffend Anzug Brigitte Hollinger): Der Bund eröffne eine Kampagne gegen Zwangsprostitution. Der Kanton werde keinen eigenen finanziellen Beitrag leisten, jedoch im Informationsbereich und auch bei Rahmenprogrammen mit Hinweisen etc. tätig werden.

Bezüglich *AIDS-Prävention* habe man Kontakt mit der AIDS-Hilfe Basel. Es gebe dort eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema befasse.

Preise (Hotels, Taxis etc.): Mit dem Problem fehlender Kapazität gehe auch das Risiko höherer Preise einher. Basel Tourismus habe deshalb mit dem Hotelierverband Kontakt aufgenommen und gewisse Hotels hätten bereits garantiert, dass sie nicht höhere Preise als die bisherigen Maximalpreise verlangen würden.

Die JSSK regt an, dass zur Erreichung des Ziels ‚Die Host City Basel hinterlässt einen gastfreundlichen und professionellen Eindruck‘ (Ratschlag S. 38) breit darüber informiert wird, dass übersetzte Preise diesbezüglich imageschädigend sind.

6.5 Nachhaltigkeit und Abfallmanagement

Bezüglich der *nachhaltigen Investitionen* sei die Meinung, dass der entsprechende Betrag von CHF 425'000.- auch im Rahmen des vorliegenden Kreditantrages vom Grossen Rat beschlossen werde. Es handle sich nicht um gebundene, sondern um neue Investitionen, welche bereits im Investitionsplafonds des Kantons Basel-Stadt enthalten seien und so zu keiner Mehrbelastung führen würden. Mit den geplanten Ausgaben, welche nachhaltigen Nutzen bringen würden, wolle man aber auf keinen Fall das Budget mit Ausgaben belasten, die es ohne die EURO 2008 nicht gegeben hätte.

Sowohl auf Bundesebene wie auf Ebene der Host City Basel soll ein *Konzept* zur Anwendung gelangen, das *Gewicht auf Mehrwegsysteme und Abfallvermeidung bei der Verpackung* legt.

Dieses Konzept werde in die Bewilligungsaufgaben einfließen, seine Umsetzung gehöre somit in den Bereich Sicherheit. Überall dort, wo Einfluss genommen werden könne, also dort, wo die Host City Basel auftritt, würden Mehrwegbecher standardmässig eingesetzt und es werde Vorschriften hinsichtlich Verpackung geben. Der Stadionbereich sei jedoch privates Areal. Es fehle eine gesetzliche Regelung, basierend auf welcher der Einsatz von Mehrwegsystemen vorgeschrieben werden könnte. Eine solche Vorschrift könne auch nicht im Rahmen der Sicherheitsauflagen gemacht werden. Zudem werde die UEFA diese Frage in allen acht Stadien, welche den Entscheid der UEFA umsetzen, einheitlich handhaben (Beim Aushandeln der Host City Charta seien entsprechende Anliegen betreffend Umweltschutz eingebracht worden und in die Präambel eingeflossen.). Der Einsatz von Mehrwegbecher stelle für die Stadionbetreiber zudem ein logistisches Problem dar: so bräuchten sie rund vier Mal soviel Platz wie Plastikbecher. Da viele Becher als Souvenir behalten würden, brauche es sehr viele Reservebecher. Schliesslich müssten diese wieder eingesammelt und gereinigt werden.

Esswaren hingegen sollen grundsätzlich nur mit ganz wenig Verpackung abgegeben werden (Prinzip des sog. „pack-ins-Brot“), um unnötigen Abfall zu vermeiden.

Die JSSK verzichtet, wie ausgeführt, auf den Vorschlag von Auflagen zusammen mit dem Kreditbeschluss. Sie unterstützt aber ausdrücklich die Bestrebungen, auch im Stadion Mehrwegbecher zur Verwendung kommen zu lassen.

Die JSSK begrüsst die Konzepte, wie sie in den Vorlagen des Amtes für Umwelt und Energie ‚Abfallorganisation und Mehrwegsystem an der Fussball WM 2006 / Vorbild für die EM 2008‘ sowie des Tiefbauamts ‚Konzept zur Stadtsauberkeit / Ein Arbeitspapier zur EURO 08 (Entwurf)‘ entwickelt worden sind und erwartet deren Umsetzung. Sie teilt die Auffassung, dass Stadtsauberkeit ein Baustein des Erfolgs der EURO 2008 in Basel sein wird.

6.6 Host City Charta

Die Regierung hat auf entsprechende Fragen der Kommission wie folgt Stellung genommen: Die Host City Charta sei das Ergebnis von langen und harten Verhandlungen. Man habe sich darin einige Rechte sichern können, welche die UEFA bisher noch keinem Austragungsort zugestanden habe:

So könne man - neben den offiziellen Partnern der UEFA - mit vier weiteren lokalen Partnern zusammenarbeiten. Dies werde finanzielle Entlastung ermöglichen. Ferner seien zwei Grossleinwandbildschirme sowie ein Vorverkaufskontingent von 750 Tickets pro Spiel für die einheimische Bevölkerung zugesichert. Zudem erhalte die Host City Basel eine hohe pauschale Abgeltung, da in Basel am meisten Spiele ausgetragen würden und schliesslich werde man auch einen Beitrag an das Kombiticket erhalten.

In den internationalen Medien werde es einen Zwei-Minuten-Spot über Basel als Austragungsort geben und man erhalte vielfältige Kommunikationsplattformen.

Gebührenhoheit auf öffentlichem Grund: Die Gebührenhoheit wurde nicht an die UEFA abgetreten. Die einzigen „Gebühren“, die die UEFA erheben könne, seien diejenigen für die Fernsehsignale. Allenfalls seien bei Grossleinwänden mit grossem Publikum (z.B. wenn ein Privater Public Viewing durchführe) Lizenzgebühren abzugeben. Es bestünden hiezuhin 'guidelines' der UEFA, welche für die gesamte EURO 2008 einheitlich seien.

Quellensteuer: Diese werde derzeit zwischen der Eidgenössischen Steuerverwaltung und der UEFA diskutiert. Die UEFA stelle sich dabei auf den Standpunkt, sie liefere Prämien nicht den Spielern ab, sondern den Verbänden, welche jedoch nicht steuerpflichtig seien. Es handle sich um eine Rechtsfrage, die entschieden werden müsse.

Allmend: Hier gelten während der EURO 2008 die gleichen Regeln wie sonst. Bestehende Allmendbewilligungen der Restaurationsbetriebe würden nicht tangiert und auch nicht teurer werden. Allenfalls werde es zusätzliche Auflagen geben, wie die Verwendung von Mehrwegbechern etc.

Bezüglich den *Schutz der Sponsoren in den Fanzonen* sei man mit den betroffenen Restaurationsbesitzern im Gespräch, um gemeinsame Lösungen zu finden. Die Charta lege nur die Rahmenbedingungen fest, Einzelheiten seien noch nicht definiert.

7. Anzüge Dr. Brigitta Gerber und Brigitte Hollinger

7.1 Anzug Dr. Brigitta Gerber betreffend EURO 2008 in Basel: Sicherheit durch Prävention und Fan-Betreuung (04.8082.01)

Im zweiten Teil des Ratschlags betreffend Kredit für die EURO 08 sind in einem Bericht des Regierungsrates neben dem Wortlaut des Anzuges und einer grundsätzlichen Stellungnahme zur Fragestellung die geplanten Aktivitäten dargelegt, soweit sie nicht bereits im eigentlichen Ratschlag enthalten sind. Das Thema der Fan-Betreuung und der damit zusammenhängenden Sicherheit war auch Gegenstand der Kommissionssitzungen, insbesondere die eigentliche Fanbeschäftigung (vgl. vorne, Ziffer 6.2).

7.2 Anzug Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Euro 08 ohne Zwangsprostitution (06.5195.01)

Der Wortlaut des Anzuges Hollinger ist ebenfalls im Bericht des Regierungsrates (zweiter Teil des Ratschlags betreffend Kredit für die EURO 08) abgedruckt. In ihrem Bericht zum Anzug verweist die Regierung auf die gemachten Erfahrungen an der WM 2006 in Deutschland sowie die für die EURO 08 vorgesehenen Aktivitäten des Bundes sowie von Basel; zudem nimmt sie zu einzelnen Fragen des Anzuges Stellung.

8. Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie EURO 08 (06.5352.01)

Am 16. November 2006 reichten Peter Howald und Konsorten folgenden Anzug ein:

„Österreich und die Schweiz führen gemeinsam die Fussballeuropameisterschaft 2008 (Euro 08) durch. Die Fussballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland stimmt zuversichtlich und wir freuen uns auf diesen Event. Menschen aus 24 Ländern Europas treffen zusammen, freuen sich an spannenden Spielen, geniessen die Gastfreundschaft der gastgebenden Länder und flanieren als Touristinnen und Touristen durch Basel, Bern, Genf oder Zürich. Sport kann völkerverbindend und wirtschaftlich interessant sein.

Die Euro 08 ist aber auch eine der grössten Sportanlässe der Welt. Es gilt deshalb dem Aspekt Umwelt Rechnung zu tragen. Trotz Millionensubventionen will die UEFA selbst minimalsten Umweltschutz streichen. Den Host Cities droht dadurch ein erheblicher Imageverlust, sie dürfen zahlen, aber in den Stadien nicht mitreden. Das an der WM 06 in Deutschland verwirklichte Konzept „Green Goal“ war erfolgreich und hat viel zur Sauberkeit und Sicherheit beigetragen.

Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Die Fussballspiele führen zu Mehrverkehr und viel Abfall. Durch eine umsichtige Planung und Durchführung der Euro 08 müssen negative Auswirkungen auf die Umwelt ausgeschlossen werden. Zusätzliches Verkehrsaufkommen ist so weit möglich mit dem öffentlichen Verkehr zu bewältigen. Wo dies nicht möglich ist, muss der CO₂-Ausstoss kompensiert werden. Die Abfallproduktion ist zu minimieren und soweit möglich mittels eines Mehrwegkonzepts zu vermeiden.

Ein wichtiger Aspekt betrifft die Sicherheit sowie organisatorischen Massnahmen. Die Euro 08 soll kein Militäranlass werden. Der Einsatz von Militär ist auf klar definierte Aufgaben zu beschränken.

Ein wesentlicher Faktor sind die Finanzen. Es muss volle Kostentransparenz geschaffen werden.

Im Detail ist aufzuzeigen, wie sich die direkten und indirekten Kosten zusammensetzen (u.a. Kosten für Polizei, Militär, Abfallentsorgung) und wer dafür aufkommt (Bund, Kantone, Städte, FIFA, etc.). Die Städte müssen für ihre Aufwendungen entschädigt werden.

Wir ersuchen die Regierung abzuklären und zu berichten, ob diese konkreten Forderungen realisiert und durchgesetzt werden können:

1. Das an der WM 06 in Deutschland erfolgreiche Konzept „Green Goal“ muss in allen Punkten auch an der Euro 08 konsequent durchgesetzt werden. Die Fussballspiele und Begleitevents der Euro 08 müssen demnach CO₂-neutral geplant und durchgeführt werden; ebenso ist in und um die Stadien das Mehrwegsystem beim Catering durchzusetzen.
2. Zur Begleitung von Planung, Durchführung und Auswertung der Euro 08 eine gemeinsames Koordinationsgremium der vier Austragungsorte Basel, Bern, Genf und Zürich einzusetzen (z.B. bestehend aus den Euro-Verantwortlichen der vier Städte);
3. Vorgaben für den Einsatz des Militärs zu erarbeiten und durchzusetzen;
4. Die Euro 08 auszuwerten, dem Parlament Bericht zu erstatten und zukünftige Grossanlässe stadtverträglich durchzuführen;
5. Die Erkenntnisse Kanton und Bund mitzuteilen und sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene Vorgaben für die Durchführung von CO₂-neutralen Grossanlässen ausgearbeitet und angewendet werden.“

Dieser Anzug wurde der JSSK mit Grossratsbeschluss vom 17. Januar 2007 zur Behandlung überwiesen.

Nach Einschätzung der Kommission werden einige der Anliegen des Anzugs im Rahmen des Ratschlags bereits angesprochen.

Gemäss Auskunft der Verantwortlichen ist ein dermassen umfassendes Konzept wie „Green Goal“ für die EURO 08 vermutlich nicht umsetzbar. Der Bund wollte die Thematik nicht unter seine Obhut nehmen. Nachdem in allen Austragungsorten ähnliche politische Vorstösse eingereicht worden seien, lasse man zum Thema ein Visionspapier ausarbeiten. Man werde das machen, was i.S. Nachhaltigkeit und Umweltschutz regional möglich sei.

Trotz diesbezüglichen Konzepten für die Bereiche Verkehr und Verpflegung (Verpackung, Mehrwegbecher etc.) bleibe aber ein CO₂-Rest übrig, der nicht verhindert werden könne. Als Kompensationsmassnahme wäre z.B. der Kauf von Emissionszertifikaten denkbar. Dies sei jedoch nicht Aufgabe der Kantone; man werde aber versuchen, Sponsoren zum Erwerb solcher Zertifikate zu gewinnen.

Die JSSK gelangt aufgrund des Ratschlags und der zusätzlichen Ausführungen zur Auffassung, dass die Verantwortlichen die Fragen, die der Anzug Peter Howald und Konsorten aufwirft, aufgenommen haben und sie erwartet, dass im Rahmen des für die Region Möglichen CO₂-freie Lösungen angestrebt werden.

In diesem Sinne beantragt die JSSK dem Grossen Rat, den Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO₂-freie EURO 08 als erledigt abzuschreiben.

9. Fazit

Die Kommission schätzt den vorliegenden Ratschlag und die zusätzlichen Erläuterungen als taugliche Grundlage ein, um den beantragten Kredit zu sprechen. Sie ist sich dabei bewusst, dass bei einem Projekt dieser Grössenordnung in jeder Phase Unwägbarkeiten bestehen bleiben und Unvorhersehbares nicht ausgeschlossen werden kann.

Es kann daher weder die Aufgabe der Kommission noch diejenige des Grossen Rates sein, für das Projekt EURO 08 oder auch nur für einzelne Teile davon quasi operative Verantwortung zu beanspruchen.

Die Kommission spricht sich somit dafür aus, den Weg zum grössten Sportereignis in der Schweiz aller Zeiten freizugeben und den beantragten Kredit ohne Beschlussauflagen zu sprechen.

Sie fordert den Regierungsrat und die Projektverantwortlichen jedoch auf, mit der Kommission und dem Parlament während der gesamten Vorbereitungsphase in engem Dialog zu bleiben und im Sinne des Anzugs Peter Howald und Konsorten eine Auswertung der EURO 08 mit der entsprechenden Berichterstattung zu veranlassen. Die JSSK nimmt die Zusicherung des Regierungsrates, die Kommission bei Bedarf und ansonsten alle drei Monate über den Projektstand zu informieren, in diesem Zusammenhang gerne entgegen.

Bezüglich der beiden Anzüge Dr. Brigitta Gerber und Birgitte Hollinger schliesslich schlägt die Kommission vor, diese entsprechend dem Antrag des Regierungsrates abzuschreiben.

10. Beschlüsse der Kommission

Die Kommission hat dem Ratschlag 06.1974.01 mit dem Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel mit acht zu null Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt und damit entschieden, dem Grossen Rat zu beantragen, dem Kreditbegehren von rund CHF 9'594'000 (netto, ohne Investitionen), wie im nachfolgenden Antrag näher aufgeführt, zuzustimmen, dies unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Ferner hat die Kommission dem Bericht des Regierungsrats zum Anzug 04.8082.01 Dr. Brigitta Gerber und Konsorten betreffend EURO 2008 in Basel: Sicherheit und Prävention durch Fanbetreuung mit acht zu zwei Stimmen zugestimmt und damit entschieden, dem Grossen Rat zu beantragen, den Anzug Dr. Brigitta Gerber abzuschreiben.

Ebenfalls hat die Kommission dem Bericht des Regierungsrats zum Anzug 06.5195.01 Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend EURO 08 ohne Zwangsprostitution mit acht zu zwei Stimmen zugestimmt und damit entschieden, dem Grossen Rat zu beantragen, den Anzug Brigitte Hollinger abzuschreiben

Schliesslich hat die Kommission mit acht zu zwei Stimmen entschieden, dem Grossen Rat zu beantragen, den Anzug 06.5352.01 Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO₂-freie EURO 08 abzuschreiben.

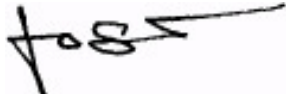
Die Kommission hat dem vorliegenden Bericht mit Entscheid vom 23. März 2007 mit acht zu einer Stimme bei einer Enthaltung zugestimmt und ihren Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

11. Anträge an den Grossen Rat

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat:

1. Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfes betreffend Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel, unter Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.
2. Die Abschreibung des Anzuges 04.8082.01 Dr. Brigitta Gerber und Konsorten betreffend EURO 2008 in Basel: Sicherheit und Prävention durch Fanbetreuung.
3. Die Abschreibung des Anzuges 06.5195.01 Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend EURO 08 ohne Zwangsprostitution.
4. Die Abschreibung des Anzuges 06.5352.01 Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO₂-freie EURO 08.

Im Namen der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission



Ernst Jost
Präsident

Beigefügter Anhang

Grossratsbeschluss betreffend Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel

Anhang

Grossratsbeschluss

betreffend

Kredit für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel

(vom [Hier Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsicht in den oben stehenden Ratschlag und in den Bericht Nr. 06.1974.02 der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission, beschliesst:

://: Für die Planung, Organisation und Durchführung der UEFA Fussball-Europameisterschaft 2008 in der Region Basel einen Kredit von insgesamt **CHF 20'035'000** für die Jahre 2007-2008.

Davon

CHF 2'791'000 für die Polizeikräfte des Kantons Basel-Stadt (Personalkosten),
Position 203.31

CHF 1'200'000 zur Durchführung der Rahmenprogramme im Kanton Basel-Stadt,
Position 203.31

CHF 15'619'000 für Sicherheit (ohne Personalkosten Polizei), Öffentlicher Verkehr, Individualverkehr (ohne Personalkosten Polizei), Standortmarketing, Nachhaltigkeit, Abfallmanagement, Projektkoordination und Reserve, Position 203.31

CHF 425'000 für den Ausbau der Bushaltestelle St. Jakob Richtung Dreispitz, die Anschaffung von WC Container und Aufhängevorrichtungen (Investitionen)
Auftrags-Nr. 203814000001 Anschaffungen EURO 2008

Von den beantragten Bruttobeträgen werden ein Beitrag des Kantons Basel-Landschaft und Erträge Dritter in Höhe von insgesamt CHF 10'016'000 in Abzug gebracht. Als **Nettobelastung** resultiert für den Kanton Basel-Stadt eine Summe von **CHF 9'594'000 (ohne Investitionen)**.

Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Der Antrag erfolgt unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft und dass sich der Kanton Basel-Landschaft gemäss vereinbartem Kostenschlüssel mit 33.3 Prozent am Aufwandsüberschuss des gemeinsamen Budgets EURO 08, d.h. mit netto rund CHF 2'866'000, beteiligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.